

ndischer Hof.
hend 8 Uhr
bends 8 Uhr:
im
er Spieler
Illustrierten Zeitung
Spieler.
stg den 21. ds. Mts.
g.

Männer Calw
Wir im Vereinsans

h.
er.
5 Mk.
chene Zutritt.
walter Koch.

Edelweiß
Dezember 1922
zum „Hirsch“ seine
nachts=
eier

findet
in Calw große
örse

en, Kinder-
Leiterwagen,
n-Räder, roh,
pahl empfiehlt billigt
hinter dem
athaus.
orwahren,
oromöbel.

Rundschau!
ieferwerke seit kurzer
er gewähren, sind wir
gten Lieferungen (ob
ing)

zahlung
en.
ufmerksam, daß alle
ben bis läng, eus
müssen.
te als auch für sämt-

Neu
b Pfeiffer
riationhandlungen.

erein Calw.
it:
asjamen,
perphosphat,
lialz,
mit,
h- u. Viehfatz,
terkalk.
nd Samstags.
preeher 96.



Nr. 294 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.
Verrechnungswelle: 6mal wöchentlich Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Pf. —
Wochenpreis 1.20, —. Auf Sammlungen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspre. 9.
Samstag, den 16. Dezember 1922.
Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn M. 1.60, — monatlich. Postgebühren
preis 20 Pf. — mit Beleggeld. — Schluß der Abrechnung 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reparationsfrage wird zur Zeit in den Mittelpunkt der privaten Verhandlungen und öffentlichen Erörterungen innerhalb der Ententestaaten gestellt. Namentlich in England wird gegen die Gewaltabsichten der Franzosen Sturm gelaufen, aber auch Amerika scheint inoffiziell auf Frankreich einen Druck auszuüben. Auf diese Einwirkungen ist es zweifellos zurückzuführen, daß Poincaré gestern in der Kammer erklärt hat, die französische Regierung denke nicht daran, militärische Zwangsmassnahmen zu ergreifen, oder das Ruhrgebiet zu annektieren, sie wolle nur gemeinschaftlich mit den Alliierten vorgehen.

Wie aus Newyork gemeldet wird, will die amerikanische Finanzwelt jetzt doch eine Anleihe an Deutschland gewähren.

Die starke Einwirkung der angelsächsischen Staaten auf Frankreich hängt in erster Linie mit der Furcht zusammen, in Deutschland könne infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs eine neue Revolution entstehen, die an den deutschen Grenzen nicht halt machen würde, und die einen neuen Weltbrand entfachen könnte.

Die Verhandlungen in Lausanne scheinen günstig fortzuschreiten.

Die Reparationsfrage.

Poincaré über London und die Reparationsfrage.
Paris, 16. Dezbr. Bei Beginn der gestrigen Kammerführung ergriff Ministerpräsident Poincaré zunächst das Wort und sagte, die allgemeine Lage habe sich seit einem Monat nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil verbessert. Die Konferenz von Lausanne gehe unter denselben Verhältnissen weiter, wie er bereits in der Kammer auseinandergesetzt habe. Mit den Alliierten bestrebe vollkommenes Einvernehmen. Die jüngsten Londoner Besprechungen hätten in der freundlichsten Weise stattgefunden. Wo Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien, hätten die Beteiligten nach einer Möglichkeit gesucht, sich zu verständigen. Bezüglich des Frankreich gemachten ungerechten (?) Vorwurfs des Imperialismus erklärte Poincaré, daß dieser in britischen Regierungskreisen keinen Widerhall finde. Dann ging Poincaré auf die in London überreichten deutschen Vorschläge ein und sagte, daß sie eine Herabsetzung des Zahlungsplans von 1921 und ein Moratorium für vier oder fünf Jahre verlangten, ohne die von der Entente entwickelten Reformen betreffend den Einzug der Steuern, die Stabilisierung der Mark usw. anzunehmen. Die These der Herabsetzung der deutschen Schuld sei auch die zahlreicher Finanzleute, aber Frankreich, das bis Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden verausgabt habe, könne auf seine Forderung nicht verzichten. Der Redner besprach hierauf die Höhe der Kriegsschulden der verschiedenen Nationen untereinander und stellte fest, daß es sich ausschließlich um Kriegskosten handle. Die Alliierten hätten hoffen dürfen, daß diese eines Tages zu Lasten Deutschlands gestellt würden. Wenn nun die Alliierten strenger behandelt werden sollten als der für den Krieg verantwortliche (?) Besiegte, so wäre das eine große Ungerechtfertigkeit. Frankreich, das seine Kriegsschulden nicht verleugne, könne selbst nicht zahlen, bevor es von Deutschland Bezahlungen erhalte. Die französische Regierung habe England und Amerika Bezahlung in deutschen Obligationen der Serie C angeboten. Bei seinem ersten Londoner Besuch sei er auf die Balfour-Note gestossen. Diesmal sei ein Fortschritt erzielt und die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, eine Sonderregelung zu treffen, ohne auf die Entscheidung Amerikas zu warten. Man könne an eine europäische Regelung denken, ohne daß Frankreich etwas opfere, was Deutschland ihm schulde. Dann kam Poincaré auf die Reparationskommission zu sprechen, wobei er ausführte, daß er es für notwendig halte, daß die Kommission zusammen mit dem Garantienkomitee eine Kontrolle der deutschen Finanzen ausübe, damit die Mark sich nicht noch mehr verschlechtere. Um Unregelmäßigkeiten und Verschwendung (?) zu verhindern, sei ein Vetorecht notwendig. Bei Besprechung der Lasten Deutschlands im Jahre 1923 sagte Poincaré, das gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden. Der englische und der französische Text des Friedensvertrages wichen zwar in diesem Punkt leicht voneinander ab, aber nach dem Völkerrecht und dem Zivilrecht sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für die Gläubiger. Poincaré bestritt dann, daß Frankreich den Gedanken gehabt habe, Expeditionen mit militärischem Charakter durchzuführen. Er wolle auch Deutsch-

land keine Straffaktionen auferlegen, sondern in Gemeinschaft mit seinen Alliierten vorgehen. Wenn es aber gezwungen sein werde, isoliert vorzugehen, so werde es dies auf gemeinsames Konto tun und die Kontrolle seiner Freunde über seine Massnahmen verlangen. Die Entente cordiale zwischen England und Frankreich werde keine Einbuße erleiden und er denke wie Bonar Law, daß eine gemeinsame Lösung vorzuziehen sei. Mehr könne er nicht sagen, da es einmal seinerseits unzulässig und dann auch unklug wäre, einen Monat im voraus den Schuldner Deutschland über die Absichten seiner alliierten Gläubiger zu unterrichten. Die Kammer lenke im übrigen die Politik der Regierung. Wenn sie aber glaube, daß diese weniger geeignet sei als eine andere, so möge sie es sagen; bis zur nächsten Zusammenkunft am 2. Januar habe die Kammer hinlänglich Zeit. Wenn die Kammer der Regierung aber Vertrauen schenke, dann werde diese nach wie vor die Interessen Frankreichs vertreten.

Das Rheinland als Schacherobjekt.

Paris, 14. Dezbr. In der „Humanite“ schreibt Paul Louis zu den schwebenden politischen Fragen der letzten Tage: Bonar Law übt auf Poincaré einen Druck aus im Orient und Poincaré übt auf Bonar Law einen Druck aus im Westen. In Lausanne werden Konstantinopel und die Meerengen ausgespielt. In London wird man vom Rheinflande und der Ruhr sprechen. Wird der monströse Handel: Konstantinopel gegen das Ruhrgebiet, den wir seit drei Monaten vorausgesehen haben, zwischen den englischen Konservativen und dem französischen nationalen Bloß zustande kommen? — Und Jacques Bainville sagt in der „Liberte“ u. a.: Es dreht sich jetzt darum, ob Frankreich freien Kopf und freie Hand behalten wird.

Das englische Unterhaus und die Reparationsfrage.

London, 14. Dezbr. Bei der Fortsetzung der Debatte im Unterhaus über die Reparationsfrage erklärte Earl of Percy, bevor man eine Regierung in Deutschland habe, die bereit sei, sich zur Zahlung angemessener Reparationsbeträge und zu einer Zahlungsmethode zu verpflichten, würde man in dieser Frage nicht um einen Schritt vorwärts kommen. Sir Robert Hudson richtete an die Regierung die Aufforderung, ihr Neufestes zu tun, um die endgültige Reparationssumme festzusetzen. Er widersetzte sich entschieden der französischen Politik, die darauf gerichtet sei, Deutschland zu zerstückeln. Er forderte die Regierung auf, eine unabhängige Aktion zu unternehmen. Die englische Regierung sollte bis zur höchsten Grenze der englischen Finanzen gehen, um Deutschland Stabilität zu geben. Morel erklärte, das Rheinland sei behandelt worden wie eine eroberte Provinz und die französische Politik gehe darauf aus, es von Deutschland zu trennen. Lord Robert Cecil trat dafür ein, daß die Frage, wieviel Deutschland zahlen müsse, an den Völkerbund verwiesen werde. Seiner Ansicht nach werde die geforderte Zwangsaktion Frankreichs in Deutschland oder anderswo, um die Einhaltung der Reparationsverpflichtungen zu erzwingen, einen ersten Schlag für die Grundgedanken der Entente bedeuten. Er stimme vollkommen mit allem überein, was der Premierminister gesagt habe. Die Frage müsse rasch geregelt werden. Lloyd George erklärte sich von der Rede Bonar Laws befriedigt. Er sprach seine volle Übereinstimmung mit der Politik aus, die der Premierminister dem Haus dargelegt habe. Sir A. Steel-Maitland bemerkte, die Dringlichkeit der Reparationsfrage schließe ihre Verweisung an den Völkerbund aus. Es bestehe kein Zweifel, daß ein wirklicher Zusammenbruch Deutschlands immer mehr heranrücke. Die deutsche Entschädigung müsse auf 2 Milliarden bis 2,2 Milliarden Pfund Sterling ermäßigt werden. Diese Summe und die gesamten Beiträge, die England von Frankreich, Italien und anderen kontinentalen Ländern zu fordern habe, müßten zusammen genommen werden. Dann müßte festgestellt werden, ob es nicht möglich sei, sie auf einen Betrag zu ermäßigen, der der englischen Schuld an Amerika gleichkomme. Die gesamten übrigen Schulden müßten erlassen werden.

Amerikanischer Druck auf Frankreich?

Newyork, 15. Dezbr. Hiesige Blätter sprechen von einer diplomatischen Aktion unter Beteiligung der Vereinigten Staaten, die sich gegen den französischen Plan der Besetzung des Ruhrgebiets richten werde.

Paris, 15. Dezbr. Der „Newyork Herald“ berichtete gestern Abend, parlamentarische Kreise erklärten, Poincaré sei gewarnt worden, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine extreme Politik zu treiben, die die neue veröhnliche Haltung auf amerikanischer und englischer Seite ungünstig beeinflussen könnte. Einige führende Mitglieder des natio-

nalen Bloßes und der Gruppe Clemenceau stellten dies als wichtiger hin als die sofortige Erwirkung deutscher Zahlungen.

London, 15. Dezbr. Nach einer Reuter-Meldung aus Washington wird dort erwartet, daß der Botschafter der Ver. Staaten in London, Harvon, der anscheinend infolge Erkrankung seiner Gattin nach Amerika zurückkehrt, mit dem Präsidenten Harding und dem Staatssekretär Hughes Besprechungen über die Reparationsfrage haben wird. Wie man glaubt, könnte Hardings Besuch für die Behandlung der Reparationsfrage von beträchtlicher Tragweite sein.

Eine große Anleihe Amerikas an Deutschland?

London, 15. Dezbr. Wie der Washingtoner Berichterstatter der „Newyork World“ berichtet, glaubt man allgemein, obwohl eine amtliche Bestätigung noch aussteht, daß Morgans Besuch bei Hughes am letzten Mittwoch die Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimmt, zum Gegenstand hatte. Der Berichterstatter fügt hinzu, die Höhe der Anleihe werde in Regierungskreisen mit 1 1/2 Milliarden Dollar angegeben. — Der „Newyork Herald“ bestätigt diese Meldung und bemerkt, die amerikanische Regierung und amerikanische Bankiers nähmen ein direktes Interesse an der Anleihe.

Eine Erklärung Amerikas zu Anfang des neuen Jahres!

Paris, 15. Dezbr. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die amerikanische Regierung zu Beginn des neuen Jahres die englische, die französische und die anderen interessierten Regierungen über ihre Haltung in der internationalen Politik informieren.

Ein Antrag im amerikanischen Kongreß auf Unerfüllung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Newyork, 15. Dezbr. (Funkspruch) Wie aus Washington gemeldet wird, brachte das Mitglied des Kongresses, Newton, eine Entschlüsselung ein, nach der die Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und in Oesterreich abzuwehren. Für diesen Betrag sollen in den Ver. Staaten Lebensmittel angekauft werden, die von dem amerikanischen Roten Kreuz mit Hilfe der Organisationen des deutschen und des österreicherischen Roten Kreuzes verteilt werden sollen. Newton wies darauf hin, daß der Friedensvertrag von Deutschland die Hergabe von Milchföhen und anderen für die Ernährung wichtigen Dingen gefordert habe, und daß eine große Menge Kohlen von Frankreich und Belgien weggenommen sei und sagte dann: Wir sind eine christliche Nation. Während Deutschland und Oesterreich im Kriege unsere Feinde waren, sind sie jetzt unsere besiegten Gegner. Ich bin dessen sicher, daß Amerika nicht zugeben will, daß hilflose Frauen und Kinder durch Kälte und Hunger zugrunde gehen. Das Volk, das jetzt in Deutschland und Oesterreich lebt, ist nicht das Volk, das den Krieg begonnen hat und hat keine Kontrolle über die Führung des Krieges beisehen. Newton erinnerte an die Worte Wilsons, daß die Ver. Staaten mit dem deutschen Volke keinen Streit hätten, daß die Regierung der Ver. Staaten während des Kriegs nicht aufgehört habe, das deutsche Volk ihrer Sympathien zu versichern und den Militarismus der Hohenzollern anzuklagen. Newton schloß: Das deutsche Volk hat seinen Kaiser vertrieben und eine Republik geschaffen, die der unseren ähnlich ist. Sicherlich sollten wir dieses Volk jetzt nicht im Elend lassen.

Mittritt des englischen Botschafters in Paris.

Paris, 15. Dezbr. Der englische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, hat heute dem Präsidenten der Republik, Millerand, seine Abberufungsurkunde überreicht.

Berichterstattung Bergmanns über London.

Berlin, 15. Dezbr. Staatssekretär Bergmann ist heute hier eingetroffen und hatte am Vormittag mit dem Reichszankler und dem Außenminister die erste Besprechung. Von den Blättern wird dazu mitgeteilt: Voraussichtlich wird Bergmann im Laufe des Tages noch den übrigen Ressorts über seine Eindrücke in London Bericht erstatten. Wahrscheinlich wird der Reichszankler im Laufe des morgigen Tages die Parteiführer empfangen; ferner ist in Aussicht genommen, die Vertreter der Bankwelt und der Industrie zu hören. Im Laufe der nächsten Tage werden weitere

Sachverständige anderer Kreise zuzuziehen sein. Von dem Ergebnis der Besprechungen Bergmanns mit den leitenden Persönlichkeiten wird es abhängen, was in der Reparationsfrage weiter geschehen wird.

Französisches Gericht über die Haltung der deutschen Industrie zur Anleihefrage.

Paris, 15. Dezbr. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß die deutschen Industriellen wenig geneigt seien, Garantien für eine äußere Anleihe zu liefern, wohl aber seien sie entschlossen, eine innere Anleihe zu zeichnen. Zwei Bedingungen seien gestellt: Steuerfreiheit und Aufhebung der Strafanordnungen für die im Auslande untergebrachten Gelder, die zur Deckung der Anleihe dienen sollten.

Das geforderte „Sühne“-Geld überwiesen.

Paris, 15. Dezbr. Nach einer Savas-Meldung ist die Summe von einer halben Million Goldmark, die für die Zwischenfälle in Ingoßstadt und Passau gefordert wurde, an die alliierten Regierungen überwiesen worden.

Die Vergewaltigung des Saargebiets.

Saarbrücken, 15. Dezbr. Da das Saargebiet nach dem Vertrag von Versailles in das französische Zollsystem eingegliedert werden soll, beabsichtigt die Regierungskommission, zur Erledigung dieses neuen Zollverfahrens an den Grenzen des Saargebiets mit der Herstellung umfangreicher Bahnanlagen zu beginnen. Die Zollverwaltung des Landesrats lehnte die Regierungsvorlage mit der Verordnung für ein vereinfachtes Enteignungsverfahren für die Bahnanlagen einstimmig ab, da das Saargebiet durch die Angliederung an das französische Zollsystem völlig verarmen und nicht instande sein werde, die gewaltigen Lasten zu tragen. Ein Vertreter der Regierungskommission erklärte, daß die Vorlage über die Angliederung an das französische Zollsystem unter allen Umständen durchgeführt werde.

Schluß des Weltfriedenskongresses.

Haag, 15. Dezbr. Nach Annahme von vier durch die Unterausschüsse vorgelegten Resolutionen, sowie einer Sonderresolution gegen die Besetzung des Rheinlands wurde der Weltfriedenskongress heute Nachmittag geschlossen.

Die Konferenz in Lausanne.

Die Frage des Minderheitenschutzes.

Lausanne, 15. Dezbr. Der Unterausschuß für Minderheitenschutz trat heute in die Beratung der allgemeinen Grundzüge des Minderheitenprogramms ein. Davon ausgehend, das Ismed Pascha sich gestern bereit erklärt hat, die allgemeinen Regeln für den Minderheitenschutz in den europäischen Verträgen als Grundlage für den Minderheitenschutz in der Türkei anzuerkennen, schlugen die alliierten Regierungen vor, daß das Projekt folgende Fragen umfassen solle: Amnestie, Garantie für die Sicherheit der Minderheiten, Garantie hinsichtlich Rasse und Religion, das Recht zur freien Auswanderung, Befreiung vom Militärdienst, Garantie für das Bildungswesen, Versammlungsrecht, kirchliche Organisationen, Mitwirkung des Völkerbundes bei Durchführung der verschiedenen Klauseln und ein besonderes Kapitel für die Frage der nationalen Heimstätte für die Armenier. Die türkischen Vertreter schienen zunächst über den Umfang des Programms betroffen, erklärten sich dann aber damit einverstanden, daß die Alliierten auf dieser Grundlage ein Projekt ausarbeiten, das dann im Unterausschuß zur Verhandlung gelangen würde. Benizelos, der an der Sitzung teilnahm, forderte, daß die Amnestie so großzügig wie möglich durchgeführt werde und beharrte besonders nachdrücklich auf dem Grundsatz der Befreiung vom Militärdienst für alle Christen, wobei er darauf hinwies, daß in Griechenland, obgleich dort die allgemeine Dienstpflicht bestehe, Ausnahmen zu Gunsten der Mosammedaner zugelassen werden.

Die Frage der Kapitulationen.

Lausanne, 15. Dezbr. Im Unterausschuß für die türkischen Fragen der Kapitulationen schlugen die Alliierten erstmals vor, daß durch irgend eine internationale Konferenz, z. B. durch den internationalen Gerichtshof im Haag Richter angewiesen werden sollten, als Beamte des türkischen Staates gemeinsam mit türkischen Richtern die Gerichtsbarkeit für Ausländer zu organisieren, zweitens, daß diese Richter gemeinsam mit den türkischen Richtern ein türkisches Strafgesetzbuch im neuzeitlichen Sinne ausarbeiten sollten. Die Türken verhielten sich diesen Anregungen gegenüber nicht ablehnend, warten aber Befehle von Angora ab.

Deutschland.

Der Reichsernährungsminister über die Ernährungslage.

Berlin, 15. Dez. (Abendblätter.) Im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft machte Reichsernährungsminister Dr. Luther längere Ausführungen über die Ernährungslage. Er sagte: Die Vorlage betreffend Preisfestsetzung für das dritte Sechstel der Umlage ging heute an das Reichskabinett und wird hoffentlich in den nächsten Tagen erledigt sein. Noch vor Beginn der Frühjahrsernte wird eine bindende Erklärung über die Wirtschaftsform des nächsten Jahres abgegeben werden. Seine Bestrebungen gingen dahin, eine Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen. Die Möglichkeit, sich ausreichend in der Stadt zu ernähren, schwinde mehr und mehr. Der Mittelstand, der Brennpunkt deutscher Kultur, die Rentenempfänger und auch weite Kreise der städtischen Arbeiterschaft lebten nicht nur viel bescheidener als vordem, sondern was

das Altersschlimmste sei, der Nachwuchs sei aufs Schwerste bedroht. Es müßten daher Wege für eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Stadt und Land gefunden werden, denn alle dienten ja gemeinsam dem Vaterland.

Zur Voruntersuchung gegen Kapitän Ehrhardt.

Berlin, 16. Dezbr. Wie die „Vossische Zeitung“ über die Voruntersuchung gegen Kapitänleutnant Ehrhardt mitteilt, bestreitet der Angeklagte nach wie vor, sich strafbar gemacht zu haben. Was seine Beteiligung am Rapp-Butsch anbetreffe, so behaupte er, daß dieses Delikt unter die allgemeine Amnestie falle. — Soweit sich bis jetzt übersehen lasse, werde mit der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof kaum vor Februar nächsten Jahres zu rechnen sein.

Zur Verurteilung eines deutschen Regierungsvertreters im Rheinland.

Berlin, 14. Dezbr. Regierungsassessor Prange ist, wie gemeldet wurde, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen Verleumdung der Truppen der Besatzungsmächte und wegen Vergehens gegen die Verordnung 71 der interalliierten Rheinlandkommission. Den Blättern wird dazu gemeldet, daß ersteres Delikt besteht in einem in seiner Wohnung aufgefundenen Briefentwurf, worin er die schwarzen Besatzungstruppen, die sich sittliche Verbrechen hatten zuschulden kommen lassen, mit nicht gerade schmeichelhaften Namen bedachte. Das zweite Vergehen ist bedingt durch die Verordnung 71, die sogenannte Spionageorganisation, der Rheinlandkommission, worin es heißt: „Wer zu einem die Sicherheit der Besatzungsarmee benachteiligenden Zweck sich an einer Verschwörung beteiligt, oder ein Einverständnis mit anderen als an der Besatzung teilnehmenden Mächten unterhält, wird mit einer bis lebenslänglichen Gefängnisstrafe bedacht. Dieser Paragraph ist natürlich ein sogenannter Kautschukparagraph. Die Auslegung des Begriffs „Einverständnis mit anderen als an der Besatzung teilnehmenden Mächten“ wird auch auf Deutschland ausgedehnt. Gegen diese Verordnung ist vom Reichskommissar Einspruch erhoben worden und die Reichsregierung wird natürlich alle möglichen Schritte für Dr. Prange unternehmen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. Dezember 1922.

Dienstnachricht.

* Die erledigte Oberamtssekretärsstelle beim Oberamt Calw wurde dem Verwaltungsaktivisten Alfred Walter beim Oberamt Sulz übertragen.

Vom Rathaus.

(Schluß des Berichts.)

* Da die Kohlenpreise sich am 1. Dezember gegen die Novemberpreise um mehr als 60 Prozent erhöht haben und eine weitere Erhöhung der Preisen um 150 Prozent eingetreten ist, so ist mit Mehrausgaben beim Gaswerk in Höhe von 1½ Millionen Mark zu rechnen. Während die Festlegung des Gaspreises erst Ende des Monats erfolgt, werden die Kokspreise ab 16. Dezember erhöht und zwar für Bechlots auf 2000 M, für Groblots auf 1980 M, für Bohnenlots auf 1750 M, für Abfalllots auf 1500 M. Im Zusammenhang mit der Anfrage, ob man nicht den Minderbemittelten billiges Brennmaterial zur Verfügung stellen könne, gab der Vorsitzende bekannt, daß für die Notleidenden 2 Spenden eingelaufen seien, und zwar eine von unterm Landmann Rau-Berlin, der schon während des Kriegs Zuwendungen für Minderbemittelte gemacht hat, und sodann eine hohe Spende ausländischer Handelschüler, die einer Sammlung in der Spöhrer'schen Höheren Handelsschule entspricht, in Höhe von 78 260 M, zum Zwecke einer Weihnachtsgabe für Arme. Von diesem letzteren Betrag sollen der Mittelstandsnotliche 5000 M, den Altersheiminsassen 5000 M, und der Rest der Fürsorge-Abteilung überwiesen werden zur Beschaffung in der Hauptsache von Brennmaterial für die Bedürftigen. Außerdem seien noch 22 000 M zur Verwendung für Angehörige des Mittelstands vorhanden und 5000 M für sonstige Bedürfnisse. Der Vorsitzende bemerkte zur Frage der Notversorgung der Bevölkerung weiter, daß auf seine Anregung der Bezirksrat als Reserve 1000 Zentner Mehl für den Bezirk angeschafft habe, für den Fall, daß die Bewirtschaftung zeitweise ins Stocken gerate. Dieser Vorrat würde für den Bezirk etwa 14 Tage reichen. Er schlage aber vor, auch für die Stadt noch 150 Doppelpentner Getreide anzuschaffen, die noch verhältnismäßig billig zu erhalten seien. Der Vorschlag wurde angenommen; das Getreide soll im Georgenäum gelagert werden. — Die Wahl von 9 Amtsverwaltungsmitgliedern, die im Dezember vorgenommen werden sollte, soll dem neuen Kollegium überlassen werden. — Die Stipendienverteilung aus der Kaplan Braun'schen Stiftung an Studierende und an Heiratende aus der Verwandtschaft muß auf einige Jahre zurückgestellt werden, da die Zinsen heute kaum mehr die Portoaufgaben an die Bedachten ausmachen. — Der Jahresbeitrag für die Freiwillige Feuerwehr wurde von 2000 M auf 5000 M erhöht. — Dem Kantingenzählerverein, der am 6. und 17. Januar eine Ausstellung in der Turnhalle veranstaltet, wurde zur Festlegung von Preisen ein Beitrag von 1000 M zugesprochen. — Die Gebühren für die Verhütung der städtischen Wäse, die sehr gering sind, wurden verdoppelt. — Nach einem Bericht von Oberamtsbaumwart Widmann, der die städtischen Obstbäume besichtigt hat, befinden sich die Anlagen alle in pflegerischer Behandlung und seien ordnungsmäßig und gut angeordnet worden. Nur die Düngung lasse zu wünschen übrig. — Die Obstdörre im Elektrizitätswerk hat einen Abmangel von 40 000 M erbracht; die Stadtpflege macht darauf aufmerksam, daß wenn der Gemeinderat die von ihr angelegten Gebühren an-

genommen hätte, noch ein kleiner Ueberfluß herausgekommen wäre. — G. N. May gab der in der Stadt verbreiteten Ansicht Ausdruck, daß bei der Quäterpeisung vollständig unterernährte Kinder nicht berücksichtigt seien, während Kinder von bemittelten Eltern zu der Speisung herangezogen worden seien. G. N. Bauehle bestätigte die Richtigkeit dieser Tatsache; der Uebelstand komme aber, wie auch der Vorsitzende bemerkte, daher, daß bei den Vorschriften besonders darauf verwiesen sei, daß kein Unterschied bezüglich der Vermögensverhältnisse gemacht werden dürfe. Allerdings könnte man Härten dadurch ausmerzen, daß die Lehrer, die über die körperliche Bedürftigkeit der Kinder doch zweifellos ein Urteil abzugeben vermögen, und die auch die sonstigen Verhältnisse des Kindes kennen, mehr bei der Auswahl berücksichtigt werden. Oberamtsarzt Dr. Vey soll gebeten werden, die Kinder nochmals zu untersuchen. Wie von verschiedenen Seiten betont wurde, vollzieht sich die Speisung flott und in besserer Ordnung; die gereichten nahrhaften Speisen (Kartoffeln und Weißbrot) würden mit großem Appetit verzehrt. — Wie wir erfahren haben, sind ausländische Schüler der Spöhrer'schen Höheren Handelsschule noch einen weiteren Betrag von 10 000 Mark dem Stadtschultheißenamt übergeben.

Nagoldgau der Deutschen Turnerschaft.

Am letzten Sonntag trafen sich die Abgeordneten des Nagoldgau der Deutschen Turnerschaft in dem malerischen Städtchen Wilsberg, um aus dem Munde der Gaubeamten die Berichte über das abgelaufene Turnjahr entgegenzunehmen und über die Veranstaltungen im neuen Jahr Beschlüsse zu fassen. Der Gauausschuß war bereits um 8 Uhr vormittags zusammengetreten, um die Anträge zu beraten und eigene zu stellen, um Mittel und Wege zu suchen, den Bau zu beschleunigen und weiter auszugestalten, zum Wohl unserer heranwachsenden Jugend und zum Gedeih und Frommen des ganzen deutschen Volkes. Es galt ernste Fragen zu lösen und tief einschneidende Beschlüsse zu fassen, um die eble Arbeit der Jugendberückichtigung nicht an der wirtschaftlichen Not scheitern zu lassen. Um 2 Uhr nachmittags konnte Herr Gauvertreter Staudeu-meyer-Carl die Vertreter der Gauvereine mit kräftigem „Gut Heil“ begrüßen. Die Berichte des Obergauturnwarts Riberer, des Gauturnwarts Schütke, des Gaufrauenturnwarts Schnauffer und des Gauptlewart Walz zeigten, daß im verfloffenen Jahr tüchtig gearbeitet worden war und daß Turnen und Spiel im Nagoldgau eine Heimstätte und Pflege gefunden hatten. Daß er mit in vorderster Linie steht, zeigten die Erfolge beim Kreisturnfest in Gyr-

lingen. Bei den Wahlen erstieken die alten, erprobten Führer wiederum das Vertrauen der Turner. Ausschleiden mußten wir unseren umsichtigen Obergauturnwart Riberer sehen, der in den letzten Wochen seinen Wohnsitz außerhalb des Gauces nahm. Als Dank für seine treuen Dienste wurde der Nimmermüde zum Ehrenmitglied des Gauces ernannt. Seine Lücke füllt nun der seitherine bewährte Gauturnwart Karl Schütke-Ebhausen aus. Möge es ihm vergönnt sein, die Nachwehen der Kriegszeit vollends aus unseren Turnvereinen zu entfernen. Das verantwortungsvolle Amt des Gauturnwarts übernahm Wackerhut-Carl. Der Gauturnausschuß wurde ergänzt durch Zuwahl von Gehring-Liebenzell, Finckbeiner-Nagold, Mohr-Alsbürg und Armbruster-Wilsteig. Die neugeschaffene Stelle des Gauptlewartes übernahm Böhrenger-Ebhausen. Als Veranstaltung für das Jahr 1923 sind vorgesehen: Am 6. Mai eine Gauwanderung nach Liebenzell. Mitte Mai sollen die Ausschreibungskämpfe für Spiele in Hirsau, Nagold und Horb stattfinden, die Meisterschaften werden in Calw ausgetragen. Ende Juni oder anfangs Juli wird ein Gauturnfest in Ebhausen abgehalten, verbunden mit der 25jährigen Gründungsfest der dortigen Turnvereine. Es liegt nun an den einzelnen Turnern all ihre Kraft zusammenzunehmen, um auwärts und vorwärts zu kommen, denn auch auf dem Gebiet der Leibesübungen ist Stillstand Rückschritt und vor letzterem möge uns im Nagoldgau ein gültiges Geschick bewahren. Gegen 6½ Uhr schloß Gauvertreter Staudeu-meyer die arbeitsreiche, in allen Teilen harmonisch verlaufene Tagung mit einem „Gut Heil“ auf das deutsche Vaterland.

Konflikt zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten.

Man schreibt uns: Wie in der Presse schon mitgeteilt wurde, der vertraglose Zustand zwischen den Württ. Krankenkassen einerseits, den Zahnärzten und Dentisten andererseits, dadurch hervorgerufen, daß die Kassen den von dem unparteiischen Vorsitzenden gefällten Schiedspruch ablehnten. Wenn also heute der vertraglose Zustand besteht, so trägt einzig und allein die Schuld daran die Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Krankenkassenverbände, Zahnärzte und Dentisten beugten sich dem Schiedspruch, obwohl er nur das Minimum dessen bot, was ihre Existenzmöglichkeit forderte. Während z. B. in der Vorkriegszeit eine Zahnextraktion mit 60 Pfg. bis 1 Mark bezahlt wurde, gewährte der Schiedspruch für das 3. Vierteljahr 25 M 50 Pfg., also durchschnittlich das 32fache. Das Angebot der Krankenkassen war hierfür nur 18 Mark; also durchschnittlich das 22fache. Dies zu einer Zeit, in welcher der Reichsteuereindex (jogar ohne Bekleidung) schon auf das rund 80fache gestiegen war. Beamte in ähnlicher Stellung erhielten in dieser Zeit rund das 81fache ihres Friedensgehalts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zahnärzte und Dentisten mit enorm gesteigerten Aufwänden für Materialien usw. zu rechnen haben, die sich nicht entsprechend dem Reichsteuereindex, sondern in den wichtigsten Punkten entsprechend dem Industrieindex bzw. dem Dollarkurs erhöht haben. Die Berechtigung der Forderungen der Zahnärzte und Dentisten dürften hiermit jedem rechtlich Denkenden billig erscheinen.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. Dez. 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 4 Ochsen, 5 Rinder, 3 Ferkel, 10 Kühe, 45 Kälber, 29 Schweine, 8 Schafe u. 1 Ziege.

Gedenket der Heimatnotspende!

...herausgelommen
...verbreiteten Ausficht
...ständig unterernährte
...Kinder von bemittelten
...worden seien. G. N.
...Tatfache; der Nebel-
...bemerkte, daher, daß
...erwiesen sei, daß kein
...kenntnisse gemacht werden
...durch ausmerzen, daß
...Rückigkeit der Kinder
...gen, und die auch die
...mehr bei der Aus-
...Dr. Beh soll gebeten
...en. Wie von verschiede-
...te Speisung statt und
...ften Speisen (Kaka-
...etit verzehrt. — Wie
...der Spöcker'schen
...Betrag von 10 000

Lichtspieltheater.

* Im letzten Jahr hat der Roman von Norbert Jacques „Dr. Mabuse, der Spieler“, der die Dekadenz der führenden Gesellschaft der Großstädte, auch Deutschlands, glänzend kennzeichnet, und der zeigt, wie ein Abenteuer großer Sitts in die Kreise Aufnahme findet und sie ausbeutet, viel von sich reden gemacht. Der Roman ist verfilmt worden, und hat als Sensations- und Ausstattungsfilm überall große Erfolge gehabt. Das hiesige Lichtspieltheater im „Badischen Hof“ bringt den ersten Teil heute und am Sonntag, und die folgenden Teile in nächster Woche. Das Stück dürfte auch solche Kreise interessieren, die sonst für den Kino nicht eingenommen sind.

Minister Graf erkrankt.

(StGB.) Stuttgart, 15. Dezbr. In einigen Zeitungen war an die Nachricht von der Krankheit des Ministers Graf die Mitteilung geknüpft worden, daß er demnächst sein Amt niederlegen werde und daß Justizminister Volz zu seinem Nachfolger auszuwählen sei. Wie wir von maßgebender Seite der Zentrumspartei erfahren, ist es wohl richtig, daß der Minister des Innern kurzzeitig krank ist. Er wird voraussichtlich in einen Wochen sein Amt wieder übernehmen können. Jedenfalls denkt er nicht daran, sein Amt niederzulegen.

Hirau, 15. Dez. Am letzten Sonntag war auch hier Gemeinderatswahl. Auszuwählen hatten 6 Herren aus Hirau und 2 Herren aus Ernstmühl. Die letzteren wurden 1920 anlässlich der Eingemeindung durch Ergänzungswahl zugewählt. Vor der diesjährigen Wahl mußte auf Grund der Eingemeindungsverordnung eine Gemeindefassung über die Zahl der Gemeinderatsmitglieder aufgestellt werden, in der die auf Ernstmühl entfallenden Sitze besonders bestimmt wurden. Vom Gemeinderat wurde diese Zahl auf 2 festgesetzt. Zu wählen waren, da die Zahl der Gemeinderatsmitglieder auf 12 festgesetzt wurde, für Hirau 4 und für Ernstmühl 2 Mitglieder. Es wurden zwei

Wahlvorschlüsse eingereicht, und zwar von dem vereinigten Bürgerertum und der Sozialdemokratie. Von 703 Wahlberechtigten haben 454 abgestimmt, also 65,5 Prozent. Im Ganzen wurden für den Wahlvorschlages des vereinigten Bürgerertums 1751 Stimmen gültig abgegeben, davon für Ernstmühl 621. Für den Wahlvorschlages der Sozialdemokratie betrug die Zahl der gültigen Stimmen 756 (für Ernstmühl 215). Gewählt wurden: Schausler, Karl, Revisor; Kärcher, Albert, Sägewerksbesitzer; Westermann, Georg, Gemeindepfleger; Bauer, Georg, Schlossermeister, Ernstmühl; Morgener, Wilhelm, Goldarbeiter, Ernstmühl (früher Schultheißenamtsverweiser) von der bürgerlichen Vereinigung; Kling, Emil, Elektrotechniker (seitigeres Sozialdemokr. Gemeinderatsmitglied). Wenn keine Sonderberechnung für Ernstmühl notwendig gewesen wäre, dann wären für die ganze Gemeinde auf den bürgerlichen Wahlvorschlages 4 und auf den sozialdemokratischen Wahlvorschlages zwei Sitze entfallen.

(StGB.) Stuttgart, 15. Dezbr. Da die im Oktober bewilligten 15 Millionen Mark bereits aufgebraucht sind, hat der Gemeinderat für den Rest des Rechnungsjahrs weitere 25 Millionen Mark für Zwecke der sozialen Fürsorge bewilligt.

(StGB.) Stuttgart, 15. Dezbr. Gestern nachmittag wurde ein 62 Jahre alter Fuhrmann in der Wolfstrasse von einem noch unbekanntem Personkraftwagen zu Boden geworfen und so schwer verletzt, daß er einige Stunden später verstorben ist.

(StGB.) Oberecklingen, 15. Dezbr. In einer Behausung in der Oberortstrasse wurde ein, wie es scheint, auf unrechtmäßige Weise zusammengebrachtes, derart großes Lebensmittellager entdeckt, daß die aufgestapelten Waren aller Art mit einem Auto weggeschafft werden mußten. Inwieweit Diebstahl des Sohnes in Betracht kommt, muß die Untersuchung ergeben.

(StGB.) Gerstetten, 15. Dezbr. Durch vermehrte Arbeitsleistung der Angestellten und Arbeiter der Mechanischen Weberei hier haben sie einschließlich der Aufrundung durch die Firma 20 000 M. zusammengebracht, die unter 52 ältere bedürftige Personen verteilt wurden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 7398 Mark, der Schweizer Franken 1401 Mark.

Märkte.

(StGB.) Oberndorf, 15. Dezbr. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 21 Ochsen, 20 Kühe, 21 Kalbinnen und 56 Stück Jungvieh, zusammen 127 Stück. Der Handel ging bei den immer noch sehr hohen Preisen flau, wurde aber zu Ende des Marktes noch etwas lebhafter. Bezahlt wurde für Ochsen und Zugstiere pro Paar 440 000 bis 560 000 M., trüchtige Kühe und Kalbinnen 180 000 bis 300 000 M., ältere und nicht trüchtige Kühe 120 000 bis 250 000 M., jährige bis zweijährige Kinder 90 000 bis 220 000 M., halbjährige (fog. Raupen) 60 000 bis 80 000 M. Ein Milchschwein kostete 10 000 bis 16 000 M.

(StGB.) Badnang, 14. Dez. Dem Vieh- u. Schweine- markt waren zugeführt: 2 Farren, 56 Ochsen und Stiere, 24 Kühe, 26 Kinder und Kalbinnen und 2 Kälber. Bezahlt wurde für einen Ochsen bezw. Stier 270—475 000 M., einen Farren 215 000 M., für eine Kuh 180—300 000 M., für ein Kind oder eine Kalbin 70—250 000 M. — Auf dem Schweinemarkt waren 5 Läufer und 118 Milchschweine. Käufer kosteten 23—38 000 M., Milchschweine 13—20 000 M.

(StGB.) Reutlingen, 15. Dezbr. Dem Schafmarkt waren 471 Stück zugeführt. Es galtten je das Paar Sammel 55 000—60 000 M., Mutter-Gölschafe 43 000—47 000 M., Brackchafe 35 000—46 000 M., Lämmer 40 000—46 000 M.

Stadtgemeinde Calw.

Mehlabgabe an Bedürftige.

Der Gemeinderat hat beschlossen, an die hiesigen bedürftigsten Einwohner (Kleinkapitalrentner, Sozialrentner, Bezüher von Invaliden- oder Unfallrente und andere bedürftige Personen) auf Weihnachten Weismehl abzugeben. Anmeldungen ezu wollen am Dienstag, den 19. ds. Mis. vormittags auf dem Stadtschultheißenamt Zimmer 14 vorgebracht werden.

Die Abgabe der Gutscheine erfolgt daselbst am Donnerstag, den 21. ds. Mis., nachmittags von 2—4 Uhr. Die Abgabe des Mehls am Freitag, den 22. ds. Mis. vor- und nachmittags auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses. Gefässe für 5 Pfund Inhalt wollen mitgebracht werden. Calw, den 15. Dezember 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Christbaumabgabe an Minderbemittelte.

Nach Anordnung des Gemeinderats werden an Minderbemittelte Christbäume zur Hälfte des Selbstkostenpreises abgegeben.

Bestellungen hierauf können am Montag, den 19. Dezember 1922 bei der Stadtpflege bei gleichzeitiger Bezahlung des Betrags von 30 Mark für das Stück gemacht werden.

Abgabe der Bäume am Dienstag, den 19. Dezember nachmittags von 2 Uhr ab unter dem Rathaus. Calw, den 15. Dezember 1922.

Stadtpflege: Frey.

Stammheim.

Nadelstammholz-Verkauf

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, den 28. Dezbr. 1922, mittags um 1 1/2 Uhr, im Rathaus im mündlichen öffentlichen Aufsteig aus den Abteilungen Burchard und Egart:

Langholz:

6 Fm. III., 48 Fm. IV., 86 Fm. V.,

Sägholz:

1 Fm. II., 3 Fm. III.

Das Holz ist in 3 Lose eingeteilt. Auszüge erteilt Forstwart Haug hier. Abfuhr des Holzes ist günstig. Gemeinderat.

Weilderstadt.

Am Montag, den 18. Dezember ds. Js.,

Krämer-, Vieh-, Pferde- und Schweine-Markt.

Ursprungszeugnisse nicht erforderlich. Für Händlervieh und -Schweine sind tierärztliche Gesundheitszeugnisse vorzulegen. Vieh aus verächteten Gebieten darf nicht zugeführt werden. Personen aus Sperrgebieten dürfen den Markt nicht besuchen. Beginn des Schweinemarkts 7 Uhr, des Viehmarkts 9 Uhr.

Stadtschultheißenamt.

Am kommenden Sonntag, den 17. Dezember 1922, feiert der

Jugendbund E. C. Hirau

im Gemeinschaftslokal (fr. Kirch und Lamm), zusammen mit der

Gemeinschaft

Weihnachts-Feier

„Die 10 Samstagen“
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Handschuhe

farbig, schöne warme Trikot für Herren und Damen preiswert

Gesam. Denzle, Lederstraße.

Weizenkleien-Melasse

vorzügliches Pferde- und Viehfutter, ist eingetroffen.

Otto Jung.

Kopfungszüfer mit Deut



erhältl. bei: Apotheke F. C. Reismann. Liebenzell: Apotheke Wohl. Teinach: Apotheke.

Achtung! Achtung! Sie brauchen keinen fremden Händler! Ich zahle ab heute

für Hauslumpen 60 Mark per Kilo, für Knochen 30 Mark per Kilo, sowie

Felle aller Art, Alteisen und Metall zu höchsten Tagespreisen.

Karl Burkhardt, Ronnengasse 139.

Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 18. November 1922 ist die

Erhöhung des Grundkapitals

unserer Gesellschaft durch Ausgabe von 4000 neuen auf den Inhaber und 2000 auf den Namen lautenden, den bisherigen Stammaktien gleichstehenden und ab 1. Januar 1923 gewinnberechtigten Stammaktien über je Mk. 1000.— beschlossen worden.

Die Inhaberaktien sind von einem Konjorium mit der Verpflichtung übernommen worden, einen Teilbetrag von nominell Mk. 3 000 000.— den Inhabern der alten Stammaktien anzubieten, derart, daß auf je 2 alte Aktien eine neue zum Nennwert bezogen werden kann.

Nachdem die Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir unsere Aktionäre im Auftrag des Konjoriums auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bestimmungen auszuüben:

1. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschlusses bis zum 30. Dezember 1922 einschließlich beim Vorstand geltend zu machen. Der Betrag von Mk. 250.— pro Aktie ist bei Geltendmachung des Bezugsrechts an die Firma einzubezahlen. Die Zahlung ist zu leisten für Rechnung des Konjoriums unter Einreichung der alten Aktien (ohne Gewinnanteilscheinbogen), auf welche das Bezugsrecht beansprucht wird.

Der Vorstand ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers zu prüfen.

2. Ueber die geleistete Zahlung wird Bescheinigung erteilt. Die alten Aktien werden mit entsprechendem Vermerk zurückgegeben; den Schlußschein stempel trägt die Gesellschaft.

3. Die restlichen 75 % = Mk. 750.— sind zahlbar am 1. Mai 1923, worauf die Aushändigung der neuen Aktienurkunden mit Gewinnanteil- und Erneuerungsscheinen erfolgen wird. Frühere Einzahlungen werden mit 6 % verzinst. Interimsscheine werden nicht ausgegeben.

4. Aktien, welche bis zum 30. Dezember 1922 nicht bezogen sind, verbleiben dem obengenannten Konjorium.

Calw, den 14. Dezember 1922.

Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G. Sannwald.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute die Firma Süddeutsche Del- und Feinwaren Industrie Calw, Wilhelm Haaf in Calw gelöscht.

Den 14. Dezember 1922.

Obersekretär Dürr.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Heute und morgen Sonntag
Dr. Mabuse, der Spieler
I. Teil.

Samstag und Sonntag

halte ich

Mehel- Suppe

ab.

Hotel „Waldborn“ Calw.

Oberamtssparkasse Calw.

Betreff:

Weglassung von Pfennigbeträgen bei Ausführung von Zahlungsaufträgen.

Infolge des Verfahrens der Banken, mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe, bei Ausführung von Zahlungsaufträgen Pfennigbeträge fortzulassen, haben sich auch die kommunalen Giroorganisationen veranlaßt, dieses Verfahren in ihrem Ueberweisungsverkehr mit sofortiger Wirkung ebenfalls einzuführen.

Wir bitten daher unsere verehrten Girokunden bei ihren Zahlungsaufträgen Pfennigbeträge in Zukunft wegzulassen. Sind solche dennoch angegeben, dann werden wir die Zahlungsanweisung unter Weglassung derselben zur Ausführung bringen.

Fahrrad

(prima)

Saggenan, so gut wie neu, wenig gefahren, verkauft Boyßen, Uhlandstraße.

Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichnis.

Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Elektro-Motore

von 1/2 bis 50 PS fabriken, Kupferwicklung, Fabrikat Himmel oder Maschinenfabrik Eßlingen, sofort lieferbar

Technisches Büro Blaubeuren, Zweigbüro Calw

Christian Kurz,

Sernspacher Nr. 57.

Weihnachts-Anzeiger

Klavier- u. Harmonium-Stimmer kommt nach Calw und Umgegend.
Aufträge wolle man auf der Geschäftsstelle des Klaviers oder bei uns selbst niederlegen
Musikhaus Sattler, Pforzheim
Abt. Pianos und Stimminstitut
Fernsprecher Nr. 1210 und 7921

Haushaltungs-Gegenstände
in Aluminium, Email, Messing
J. Rentschler, Calw
Fiaschneerei

Garnhaus
Heinr. Rühle, Calw
wollene und baumwollene
Strickgarne, Jackenwolle
Strümpfe, Westen
Ueberblusen und Schals
Große Auswahl, günstige Preise

Uhren Goldwaren
als passende Weihnachtsgeschenke
Uhrengeschäft W. Stickle
Calw, Badstr., Inh.: Hans Hahn

Elektrische Bügeleisen
Beleuchtungs-Körper
und
Haushaltungs-Gegenstände
empfiehlt
W. Wackenhuth, Calw, Biergasse

Spar- und Consum-Verein
Calw und Umgegend.
* * *
Die Mitglieder
decken ihren Bedarf
für die Weihnachts-Feiertage
in den Verkaufsstellen
des Vereins !!

Haushaltungs-Artikel
in Aluminium, Email und verzinkt
in grosser Auswahl
Adolf Braun, Calw Biergasse Nr. 128
Flaschneerei

Frisiergeschäft Witz-Calw
empfiehlt:
Haar- u. Mundwasser, Köln. Wasser
Parfümerien und Toilettenseifen
Haarschmuck und Kammwaren
in schöner Auswahl
Verkauf von Klaffenöfen

Hüte, Mützen
Winter Schuhwaren
Fitz'ohlen und Hosenträger
Reparaturen an Hüten u. Mützen
W. Schäberle, Hutmacher
neben d. Rathaus Calw neben d. Rathaus

Neuzeiliche Photographien
als Weihnachts-Geschenk passend
fertigt an
C. Fuchs, Calw, Marktpl.

Hänge- und Steh-Lampen
Glüh-Lampen
Elektrische Kocher und Bügeleisen
sowie
sämtliche elektrischen Bedarfs-Artikel
Adolf Braun, Calw, Biergasse Nr. 128
Elektrisches- u. Installations-Geschäft

Hermann Münz, Calw
Nagel-Schneiderei, Bischofstraße Nr. 483
empfehlen sich im
Aufertigen, Wenden und
Reparieren von Herrenkleidern

Carl Fischer, Calw
Schuh-Geschäft
Stuttgarterstraße
Reiche Auswahl bietet mein Lager in
Herren-, Damen- und Kinder-
Stiefeln, sowie Winter-Artikeln

Eugen Wackenhuth
Untere Lederstraße Calw Untere Lederstraße
Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
... Tabak ...

Praktische Weihnachts-Geschenke:
Besuchs- und Geschäftskarten
Briefhüllen — — Briefbogen
Postkarten — — Rechnungen
und sonstige Geschäftspapiere
fertigt an
A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw Nr. 151

Eugen Wackenhuth
Kupferschmiede Calw Apparatebau
Verkaufsortal Untere Lederstraße
Kochapparate aus Kupfer
Beistflaschen
Herdschiffe — Waschkessel
Annahme sämtl. Reparaturgegenstände

Erwiderung
auf die Bekanntmachung
der Allgemeinen Ortskrankenkassen
über Zahnbehandlung.
Durch Schuld der Krankenkassen besteht der vertraglose Zustand zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten. Nach § 182 der Reichsversicherungsgesetzordnung haben die Kassenmitglieder Anspruch auf Zahnbehandlung zu Lasten der Krankenkassen. Es ist daher irreführend, wenn einzelne Krankenkassen bekannt gemacht haben, daß die Kassenmitglieder während des vertraglosen Zustandes nach Inanspruchnahme eines Zahnarztes oder Dentisten einen Anspruch auf Ersatz an die Kasse nicht hätten, wie durch zahlreiche oberinstanzliche Entscheidungen einwandfrei festgestellt ist. Während des gegenwärtigen vertraglosen Zustandes müssen die Zahnärzte und Dentisten ihre Patienten nach ihrer Privatgebührenordnung behandeln und die Kassenmitglieder haben einen Rechtsanspruch an ihre Kasse auf Ersatz der Kosten nach Maßgabe des Gesetzes.
Wirtschaftl. Verband deutscher Zahnärzte, Landesverband Württemberg, Württembergischer Dentisten-Verband.

Buchen-, Eichen-, Tannen-, Forchen-, Stockholz-, Bündel- und Schwarzen-Brennholz,
sowie
Stangen
aller Klassen kauft
laufend geg. so. ortige
Kasse.
Wilhelm Lanher, Eibensbach/Witbg.
Fernsprecher 2.
Tausche Fruchtgeg. Heu
S. Duh, Neubulach.

Weilberstadt.
Am Montag, den 18. Dezember vormittags 11 Uhr
kommen im Spitalhof hier ein Paar
Zug-Ochsen
zum Verkauf.
Hospitalverwaltung.
Die Preise steigen fortwährend !!
Ich verkaufe sehr preiswert solange Vorrat vorhanden
aus englischen **Reinwollene Teppiche** hoch u. riesig,
Größe 165+225 für Pferde- und Schlafdecken verwendbar,
auch zum Umarbeiten für Mäntel und Soppen geeignet,
per Stück **Schön angefertigte neue Feldgrane**
Soppen mit warmen Futter und guten Zutaten, in
allen Mannsgrößen, per St. Mk. 12 500
(äußerst preiswert, da Stoff allein zu diesem Preis kaum zu
beschaffen) **Feldgrane Hosen** guter Qualität, per St.
Mk. 1100.
Feldgrane Hosen in leichter Ware per
Stück Mk. 7 500.
Passende Weihnachtsgeschenke: wollene
Strickwesten f. Männer, Reklamepreis per St. Mk. 5200.
u. Frauen, **Damenmäntel** modern gearbeitet,
per St. Mk. 7 200.
Alles porto- und verpackungsfrei per Nachnahme.
Käthe Nusser, Stuttgart,
Gulbrodsir. 46. Postcheckkonto 6841. Fernspr. 12 151
Samstags geöffnet.

Im Auftrag zu verkaufen:
Hofgut mit 25 badischen Morgen, neuen Gebäuden
ohne Inventar. Preis 15 Millionen.
Herrliche Villa 7 Zimmer, beschlagene
frei, 1/2 Morgen Garten, sofort bez. ebnar. Preis nach Vereinbarung.
Landhaus bereits fertiggestellt, beschlagene
reit, mit großem Garten und einigen
Morgen Wald. Preis nach Vereinbarung.
Nur kapitalkräftige Käufer welche nicht unter 10 Millionen
verfügen erhalten Auskunft durch
J. Proß, Immobilien-Geschäft, Leinach
Telefon 18. Ohne Rückporto keine Antwort.
NB. Für zahlungsfähige Käufer suche ich Objekte aller
Art und Größe bei Barzahlung.
Angebote erbittet sofort. D. Obige.
1 Wagen Holzbohlen (Brügel)
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe an
Ludwig Schmiedt, Pforzheim, Emilienstr. 5.
Mädchen
gesucht.
Rechtschaffenes, geordnetes
Mädchen für Landwirtschaft
und Küche zum Eintritt für
Anfang oder Mitte Januar
bei hohem Lohn gesucht.
Andler, zum „Hirsch“,
Bad Leinach.
An den Sonntagen
vor Weihnachten
geöffnet.
Musikhaus Gurth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkad.-Kiedrich-Kochbrücke,
Großhandlg., Einzelverkauf.
Ausführung alt. Reparaturen
und Stimmen.

Nr. 2
Eine an
Die Fo
London, 1
fahischen Bo
ten wird als
Amerika beal
Regelung
ch e n.
London, 1
das Reuter
daß die Frag
departement
vorgelegt wu
Besuch im S
Newyork,
ter der „Neu
bender Stelle
lar könnte v
werden, vor
Staatschulde
Summe kö
dadurch Fran
gegenüber ei
Den Haupt
Sanierung z
Newyork, 1
aus Washing
seiner gestrige
Frage einer d
schreibt, daß
erklärte, der
brauch mit ih
der Ansicht, d
Amerika klüff
deutschen Ver
mes“ berichtet
Reise die So
Wiederherstell
Eine Anleihe
ner Reparat
Es werde ge
kündigungen i
Preß“ berichte
vorgeschlagen,
verständige ei
deutsche Zaf
land und Fran
aber angeand
sen zu erwart
ernste Betrach
rikas an der S
len Fragen im
Morgan habe
Newyork,
dung erhielt
einigten Sta
der Reparat
Der angeb
Paris, 17
Washington:
schieden in
tionale Ban
Standpunkt
lassen: 1) M
seine tätige
Betracht. 2)
gen. Diese
Frankreich ab
nach Maßgab
langt aber, n
Tatsache an
Standpunkt,
tion und wir
Amerika ist
Interesse De